Amtliche Bekanntmachung

014 K 11/25

Amtsgericht Paderborn

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll im Gebäude des Amtsgerichts Paderborn am

Mittwoch, 17.02.2027, 13:00 Uhr,
II. Etage, Sitzungssaal 218, Am Bogen 2 - 4, 33098 Paderborn

der in 33129 Delbrück (Stadtteil Bentfeld), Bentfelder Straße 72, gelegene Grundbesitz:

Grundbuch von Bentfeld Blatt 1058, Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 1
Gemarkung Bentfeld Flur 4 Flurstück 298, Gebäude- und Freifläche, Bentfelder Straße 72, Größe: 509 m²

öffentlich versteigert werden.

Laut Gutachten: Das Grundstück ist seit ca. 2017 bebaut mit einem in Holzständerbauweise errichteten, unterkellerten und 2-geschossigen Einfamilienhaus mit teilweise noch fehlenden Bauleistungen und einer Doppelgarage.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch auf dem 1/2 Miteigentumsanteil Abt. I Nr. 1.1 am 08.01.2026 und auf dem 1/2 Miteigentumsanteil Abt. I Nr. 1.2 am 17.07.2026 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

508.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten

anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.